

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer 25 241.
Kurs für Nachgebühren: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich M. 30.—, aber durch die Post bestellbar monatlich M. 35.—.
Die Heftige 32 mm breite Zeile M. 12.—, außerhalb Sachsen M. 15.—. Familienangelegenheiten unter 1000 und Wohnungsanzeigen, 10 tägige Anzeigen und Verträge 25 % Nachsch. Vorzugspreis laut Tarif. Anzeigen für den Vorabend-Blatt gegen Voranbezahlung. Einzelpreis des Vorabendblattes M. 1,50.

Schriftleitung und Kompositoren:
Marie-Luise 38/40.
Verlag v. Oetisch & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unersuchtige Schriftsätze werden nicht aufbewahrt.

Frankreichs Kampf gegen die Vernunft.

Die Bürgengebiete der französischen Presse.

Die „geschenkte“ Milliarde. — Das höhere Recht der französischen Nation.
(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 16. August. Der „clair“ veröffentlicht folgende Betrachtungen über die Ministerkündigung, die heute in Rambouillet stattgefunden hat, in denen die Meinung der politischen Kreise Frankreichs geschildert wird. Die Zeitung schreibt, man habe gestern am Quai d'Orsay darauf aufmerksam gemacht, daß die Ministerkündigung sich vorläufig ihrer Meinung enthalten müsse, bis die Reparationskommission sich ausgesprochen habe.

Was wird nun geschehen, wenn Deutschland nicht zahlt?
In diesem Falle wird man konstatieren, daß das eine Verfehlung gegen den Friedensvertrag ist, und die Reparationskommission wird unbedingt notwendig sein, diese Verfehlung zu konstatieren. Die französische Regierung wird darauf bestehen. Ferner muß auch konstatiert werden, daß die Verfehlung eine selbstverschuldet ist. Nun wird der Reichskanzler Wirth sagen, daß er materiell nicht die nötigen Devisen beschaffen kann. Aber wir erklären sofort, daß die französische Regierung auf keinen Fall diese Entschuldigung annehmen wird. Die Reichsbank hat eine Milliarde Goldmark, von der die Regierung sehr gut 50 Millionen Goldmark nehmen kann. Diese Milliarde Goldmark ist von der Reparationskommission beschlagnahmt und dem Deutschen Reich gegeben worden in der Hoffnung, daß sich dadurch der Kurs der Mark heben werde. Aber die Erfahrung lehrt, daß der Kurs der Mark gestern auf 125 Centimes gefallen ist und daher nicht von dieser Summe abhängt.

Vorläufig ist die Reparationskommission für einige Tage gemildert worden die Regierung Europas.
Was wird nun der Fall sein, wenn die Reparationskommission doch ein Moratorium bewilligt? Wir glauben zu wissen, daß Poincaré sich keineswegs an die Ansicht der Reparationskommission gebunden hält. Die Reparationskommission ist geschaffen worden, damit Deutschland zahlt und damit sie für die Anwendung des Vertrages sorgt. Aber wenn sie ihre Pflicht nicht tut und den Vertrag verletzt, so wird Frankreich darunter nicht leiden. Ueber die Verträge geht ein höheres Recht der Nation, und wir wollen nicht in Frieden. Deutschland liefert zurzeit nichts, weder Holz noch Kohlen, wie es ihm auferlegt worden ist. Das ist eine Tatsache. (Das ist eine unverfälschte Lüge! Die Red.) Die Reparationskommission muß das konstatieren. Wir können nicht darunter leiden, und unsere Hörer werden sehr bald selbst das Holz schlagen, falls man uns zwingt, zu direkten Aktionen überzugehen. Was nun die Kohlen anbetrifft, so wollte sich Poincaré verständig zeigen, aber Lloyd George hat ihn daran gehindert. Die belgischen Minister und die Italiener, deren Länder dieselben Bedürfnisse an Holz und Kohlen haben, sind bereit, die französischen Wünsche zu unterstützen; aber Lloyd George hat sie eingeschüchtert. Es ist unmöglich, zu einem Abkommen zu gelangen. Wenn wir uns in diesen Tagen energisch zeigen, so wird man uns folgen. Gewisse Anzeichen lassen das mit Sicherheit vermuten. Man muß sich aber vor allerlei Kombinationen und Kompromissen hüten. Schonger war gestern am Quai d'Orsay, und er ist sicher gekommen, um Poincaré seine guten Dienste anzubieten. Aber er ist zurzeit nicht dafür geeignet, in die gegebenen Verhältnisse einzugreifen; denn der italienische Minister ist Lloyd George gefolgt, selbst da, wo es die Interessen seines Landes nicht dulden. Er gewinnt keinen Kredit mehr und löst kein Vertrauen mehr ein, sondern nur Mißtrauen. Die Stunde der heillosen Intrigen und des Unterhandels ist vorbei.

tionsskommission muß das konstatieren. Wir können nicht darunter leiden, und unsere Hörer werden sehr bald selbst das Holz schlagen, falls man uns zwingt, zu direkten Aktionen überzugehen. Was nun die Kohlen anbetrifft, so wollte sich Poincaré verständig zeigen, aber Lloyd George hat ihn daran gehindert. Die belgischen Minister und die Italiener, deren Länder dieselben Bedürfnisse an Holz und Kohlen haben, sind bereit, die französischen Wünsche zu unterstützen; aber Lloyd George hat sie eingeschüchtert. Es ist unmöglich, zu einem Abkommen zu gelangen. Wenn wir uns in diesen Tagen energisch zeigen, so wird man uns folgen. Gewisse Anzeichen lassen das mit Sicherheit vermuten. Man muß sich aber vor allerlei Kombinationen und Kompromissen hüten. Schonger war gestern am Quai d'Orsay, und er ist sicher gekommen, um Poincaré seine guten Dienste anzubieten. Aber er ist zurzeit nicht dafür geeignet, in die gegebenen Verhältnisse einzugreifen; denn der italienische Minister ist Lloyd George gefolgt, selbst da, wo es die Interessen seines Landes nicht dulden. Er gewinnt keinen Kredit mehr und löst kein Vertrauen mehr ein, sondern nur Mißtrauen. Die Stunde der heillosen Intrigen und des Unterhandels ist vorbei.

Rücksichtslose Durchführung der wirtschaftlichen Sanktionen.

Paris, 17. Aug. Nach Mitteilungen von hiesiger unterrichteter Stelle soll Poincaré im Gegensatz zu den in Verbindung mit der Berufung des Marichalls noch nach Rambouillet entstandenen Gerüchten keine militärischen Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland planen. Dagegen wolle Poincaré die schon in London angekündigten wirtschaftlichen Sanktionen rücksichtslos durchführen, nämlich den Zolltarif um das Maß der Zollgrenze des bestetzten Gebietes gegen den Osten und die Entzignung von 60 % des deutschen Aktienbesitzes im linksrheinischen Gebiet.

Zusammentritt der Reparationskommission.

Berlin, 17. Aug. Die Reparationskommission wird heute ihre Beratungen über das Moratorium für Deutschland beginnen. Damit tritt die für die Gestaltung der Verhältnisse in Mitteleuropa akuteste Frage in das letzte Stadium der Erörterungen. Nachdem die vorgeleitenden Repressalien Frankreichs und die ergebnislos verlaufene Londoner Konferenz sie einer endgültigen Lösung nicht ausführen vermochte. Inzwischen werden die Entscheidungen des gestrigen Pariser Ministerrates in ihren Einzelheiten geheime gehalten.

Unitarismus und Föderalismus im Deutschen Reich.

Von Dr. W. Scheller.

Der aus Anlaß der neuen Verfassung zum Schutze der Republik entstandene, nunmehr ziemlich wieder beigelegte Konflikt zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Landesregierung hat aufs neue die Fragen in den Vordergrund der allgemeinen Betrachtung gestellt: Ist das heutige Deutsche Reich ein Einheits- oder ein Bundesstaat? Und für den Fall der Entscheidung im letzteren Sinne: Wie sind die Zuständigkeiten, Aufgaben, Befugnisse, Mittel zwischen dem Reich und den Gliedstaaten verteilt? Diese Fragen werden von dem durch verschiedene staatsrechtliche Schriften zu hohem Ansehen gelangten Professor Dr. Hans Rawiacki in München in den daselbst erscheinenden „Politischen Zeitschriften“, 3. Jahrg., Heft 7, unter dem Titel: „Der föderative Gedanke in und nach der Reichsverfassung“ einer näheren Erörterung unterzogen, die der Beachtung weiterer Kreise wohl wert erscheint.

In Ansehung der ersten Frage bejaht der Verfasser mit Recht trotz der starken unitarischen Tendenz der neuen Reichsverfassung und weitgehenden Erweiterung der Reichskompetenzen den Bundesstaatlichen Charakter auch des neuen Reiches, schon auf Grund des Artikels 5 der Verfassung, worin in nicht mißzuverstehender Weise ausgesprochen ist, daß die Staatsgewalt in den Ländern nicht auf der Reichsverfassung, sondern auf den Landesverfassungen beruht. Für diese, übrigens auch der herrschenden Meinung entsprechende Auffassung bringt Rawiacki noch eine Reihe weiterer Gründe bei, die diese Lehre wesentlich unterstützen. Damit entfällt aber zugleich die neuerdings aufgetauchte, besonders von Giese in seinem Kommentar der Reichsverfassung vertretene Auffassung des neuen Reiches als eines sogenannten Staatenstaates, das heißt eines Staates, der besteht aus einem souveränen Oberstaat mit ihm gegenüberstehenden nichtsoveränen Unterstaaten. Diese Auffassung wird darauf gegründet, daß es beim Reiche an der für den Bundesstaat erforderlichen genossenschaftlichen Mitbeteiligung der Einzelstaaten als solcher an der Organisation und höchsten staatlichen Willensbildung des Oberstaates fehle. Das ist aber nicht richtig. Wir haben auch hier, wie im alten Reiche, unbeschadet der Beteiligung der sämtlichen Unteranen am Reichsparlament, einen genossenschaftlich zusammengesetzten Gesamtstaat, dessen Wille nicht ausschließlich von diesem selbst ausgeht, sondern unter Mitwirkung seiner Gliedstaaten gebildet wird. Das ergibt sich auch aus der Institution des Reichsrates, in welchem nach Artikel 63, erster Satz der Reichsverfassung die Einzelstaaten durch Mitglieder ihrer Regierungen vertreten sind. Das Reich ist den deutschen Ländern gegenüber kein besonderer, ihnen als Oberstaat gegenüberstehender Staat, sondern eben nur ein aus den Ländern (Gliedstaaten) zusammengesetzter Staat.

Bei der Unterjochung der zweiten Frage nach dem Wille des Bundesstaatscharakters, der Verteilung der Aufgaben und Mittel zwischen dem Reiche und den Ländern, zeigt sich zwar ebenfalls eine starke Verdrängung nach der unitarischen Seite hin, indessen lassen sich auch hier nicht nur kräftige Auswirkungen des föderativen Gedankens, sondern sogar einzelne Punkte feststellen, in denen die neue Reichsverfassung die alte an Betonung dieses Gedankens noch übertrifft. Dies alles wird vom Verfasser überzeugend nachgewiesen. Er kommt schließlich zu dem Ergebnisse: Die seit alters her tätigen Entwicklungsbestrebungen in Bezug auf die unitarische oder föderalistische Gestaltung des Reichsbauens sind durch die neue Reichsverfassung noch nicht abgeschlossen; sie erweist sich als ein durchaus nicht starres, sondern vollkommen ausreichendes, bewegliches System der politischen Machtverteilung, welches dem freien Spiel der realen ernsthaften politischen Kräfte ermöglicht, sich nach Maß ihres Vermögens ohne künstliche Befinderng auch im verfassungsmäßigen Wege darzutun.

Eng mit der Frage nach den unitarischen und föderativen Elementen der Reichsverfassung hängt zusammen das preußisch-deutsche Problem, welches den Gegenstand einer kürzlich erschienenen Abhandlung des hervorragenden Staatsrechtslehrers Gerhard Anschütz in Heidelberg bildet. Hierunter versteht dieser den ganzen Kreis der Fragen, die sich auf die richtige Einfügung des preußischen Staates in das Deutsche Reich beziehen. Vier Möglichkeiten der Lösung sind gegeben: 1. Wiederherstellung des alten Verhältnisses, der preußischen Hegemonie. Diese ist nach Ansicht des Verfassers ausgeschlossen. Sie würde an dem einmütigen Widerstande nicht nur des außerpreussischen Deutschlands, insbesondere des Südens, sondern auch eines großen Teiles des preussischen Staates selbst (Abeinland, neue Provinzen!) scheitern. Sie wäre auch kaum denkbar ohne Wiederherstellung der preussischen Monarchie. 2. Herstellung des deutschen Einheitsstaates, in dem mit allen anderen Einzelstaaten auch Preußen aufgehen würde. Auch diese Lösung würde sehr und für absehbare Zeit auf unbewingliche Widerstände stoßen, weniger von seiten Preußens selbst, wohl aber von seiten Süddeutschlands, insbesondere Bayerns. 3. Auflösung des preussischen Staates in seine Provinzen, deren Erhebung zu reichsunmittelbaren Ländern, unter völliger Zerstörung des staatsrechtlichen Bundes, das sie jetzt alle eint. Auch diesen hauptsächlich vom Autor des ersten Entwurfs der Reichsverfassung, Dr. Preuß, und manchem Anderen, vertretenen Gedanken hält der Verfasser für politisch bedenklich und, wenigstens zur Zeit, für praktisch unüberführbar. Man würde dabei zwei Drittel Deutschlands, die sich jetzt aller politischen, wirtschaftlichen, verwaltungstechnischen Vorgänge des Großstaates erfreuen, in ein Duzend Mittelstaaten zerschlagen und damit den Partikularismus erheblich verstärken. Dies ist nicht vor dem (doch in erster Linie stehenden) deutschen Einheitsgedanken nur verantwortlich, wenn gleichzeitig entsprechend starke Kompensationen in unitarischer Richtung angebracht würden. Hiergegen aber würden wieder im außerpreussischen Deutschland sich ähnliche Widerstände erheben, wie gegen die Herstellung des Einheitsstaates, insbesondere von seiten Bayerns. Für eine Verteilung Preußens gegen dessen Willen

Oesterreich nach der Kreditverweigerung.

Pessimistische Stimmung in Wien.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Wien, 16. August. Die Londoner Verweigerung eines Kredits an Oesterreich hat in Wien eine sehr pessimistische Stimmung hervorgerufen. In parlamentarischen Kreisen verlautete heute, daß der heutige Ministerrat bei Behandlung der Frage der Einberufung des Parlaments auch die Möglichkeit einer Demission erwogen habe. Von amtlicher Stelle werden diese Gerüchte allerdings dementiert. Die Regierung wartet die Rückkehr der oesterreichischen Delegierten aus London ab und wird dann dem Wölkele bündel eine Denkschrift unterbreiten, in der sie die drohende Katastrophe schildert. Vor Abfassung dieser Denkschrift wird der Nationalrat zu einer außerordentlichen Tagung einberufen werden.

Wien, 17. Aug. Heute nachmittags wird der oesterreichische Ministerrat zusammentreten, um über die Lage zu beraten, die durch die Verweigerung der oesterreichischen Kreditfrage an den Völkerbund geschaffen worden ist. Der Ministerrat wird auch darüber beschluß fassen, ob das Parlament einberufen werden soll. Die von der oesterreichischen Regierung nach London entsandten Vertreter verhandeln noch in London über die Beteiligung von englischem Kapital an der neuen oesterreichischen Notenbank.

Eine Billion oesterreichische Noten im Umlauf.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Wien, 16. August. An der Wiener Börse ist die Nachricht verbreitet, daß der oesterreichische Notenumlauf am Ende der Woche eine Billion überschreiten werde. Als Ursache für die Steigerung wird die wesentliche Erhöhung der Gehälter der Staatsbeamten und der Staatsangestellten genannt, die diese auf Grund des neuen Index, der gegenüber dem vorigen Monat um 100 Prozent anliegen ist, erhalten.

Regsamkeit der Wiener Kommunisten.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Wien, 16. August. Die kommunistische Partei hat für heute abend eine Versammlung in das Rathaus einberufen. Die Polizei hat alle Maßnahmen getroffen, um Ausschreitungen zu vermeiden.

Ungarns Kampf gegen die Teuerung.

Budapest, 17. Aug. Die ungarische Regierung hat, um die Kaufkraft der Ungarkrone auch im Inlande zu heben, einen energischen Kampf gegen die Teuerung aufgenommen. Preisliche Streifen nahmen Untersuchungen der Wäden der Lebensmittelhändler und Kaufleute vor. Alle Kaufleute, die ihre Preise nicht entsprechend der Steigerung der Kronenwertaue ermäßigt hatten, wurden verhaftet und mit dem Verlust des Gewerberechts bestraft. Am ersten Tag der Streife wurde gegen hundert Kaufleute ein gerichtliches Strafverfahren eingeleitet. In den Markthallen wurden händliche Gerichte eingerichtet, um alle Preisstreifer sofort zu verurteilen. Die Strafen der Regierung und die scharfen Maßnahmen haben ein Sinken der Preise um 30 Prozent hervorgerufen. Diese Maßnahmen und die Tätigkeit der Preisregulierungsbehörden haben in

den Kreisen der oppositionellen Abgeordneten lebhafteste Befriedigung hervorgerufen und man hofft, daß der kürzliche Kurs der Ungarkrone noch bis 0,80 steigen wird, obwohl auch dieser Kurs den viel höheren Kaufpreisen im Inland nicht genügen wird.

Einigung der Regierung mit den Gewerkschaften.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 17. August. Die gestrigen Besprechungen der Beamtensorganisationen und der freien Gewerkschaften haben diesmal zu einer Einheitsfront aller Beteiligten geführt. Innerhalb der Vertretungen der Beamten und der Staatsarbeiter war man sich über die Höhe der anzuforderten Forderungen einig, da von einer Seite eine monatliche Gehaltsaufbesserung der Beamten in Höhe von 5000 M., von gewerkschaftlicher Seite dagegen von 4000 M. für notwendig gehalten wurde. Man einigte sich schließlich auf einen Mittelweg, der Beamten und Arbeitern eine gleiche Einkommen-Erhöhung bringen würde. Sollte die Regierung die von den Spitzenorganisationen angeforderten Forderungen in vollem Umfang annehmen, was als gewiß angesehen wird, so werden die Aufwendungen, die das Reich für Beamte und Staatsarbeiter zu machen haben wird, erheblich größer sein als je zuvor.

Graf Verchenfelds Standpunkt zum Londoner Protokoll.

München, 17. Aug. Für heute Donnerstag ist eine interfraktionelle Besprechung der Koalitionsparteien angeberufen worden. Es soll ein Weg gesucht werden, der für alle Parteien bei einer Annahme neuer Verhandlungen gangbar erscheint. Die bayerische Regierung wird erst Stellung nehmen können, wenn die Koalitionsparteien zu einem abschließenden Ergebnis gelangt sind, so daß die vorläufige Entscheidung bis heute abend auf sich warten lassen dürfte. — Wie die „Münchener Post“ meldet, legte Ministerpräsident Graf Verchenfeld einigen Münchner Pressevertretern seine Stellungnahme zu dem Berliner Protokoll dar. An der Hand der einzelnen Sätze stellte er fest, daß die bayerischen Bedingungen im wesentlichen als erfüllt angesehen werden müßten. Das Schicksal könne von Bayern nicht mehr abgelehnt werden, nachdem Bayern seinen Inhalt in der eigenen Verordnung materiell übernommen hätte. Beim Reichskriminalpolizeigesetz und auch beim Staatsgerichtshof seien nicht unbeträchtliche Erfolge erzielt worden. Die mit der Reichsregierung getroffenen Abmachungen entsprächen zurzeit den Interessen nicht nur Bayerns, sondern auch des Reiches und der deutschen Gesamtheit.

Dollar (Amtlich): 1040